

Der Weg zum internationalen Recht ist steinig und kurvenreich

Die Einrichtung des Strafgerichtshofs in Den Haag galt als Meilenstein, doch der Alltag ist von Tücken begleitet / Freiburger Juristen informieren sich

VON UNSERER MITARBEITERIN
MAREKE ADEN

Es rauscht in den Ohren, während der kanadische UN-Beobachter Captain Lawrence McDonald über das Artilleriefeuer spricht. Ursache sind die Kopfhörer, die alle im blauen Saal drei des Haager Tribunals für das ehemalige Jugoslawien aufhaben. Das ist zwar nervtötend, aber ohne Kopfhörer läuft nichts, wenn drei Richter aus Malta, Dänemark und Deutschland über einen bosnischen Angeklagten mit englischem Anwalt zu Gericht sitzen.

McDonald ist Zeuge der Verteidigung, sein Bericht soll dem Angeklagten Naser Oric helfen. Der war erst 25 Jahre alt, als der Bürgerkrieg in die bosnische Stadt Srebrenica kam, in den Wirren hatte er es irgendwie zum Polizeichef der Stadt gebracht. Kleinen Gruppen von Kämpfern soll Oric befohlen haben, serbische Dörfer zu überfallen, zu plündern und Gefangene zu nehmen, lautet die Anklage. Er konnte nicht anders, meint die Verteidigung, wenn er den Menschen in Srebrenica helfen wollte zu überleben. Denn die Stadt sollte ausgehungert werden. Ein serbischer Militär habe, das ist der wichtigste Part von McDonalds Aussage, die Devise ausgegeben: „Gebt den Moslems nichts zu essen.“

Ist also Oric ein Verbrecher oder ein Nothelfer? In den Besucherreihen wird die Frage kontrovers diskutiert. Jasmina Prpic vom Freiburger Ausländerbeirat findet, dass Oric nicht auf die Anklagebank gehört. Prpic war selbst Richterin in Banja Luka, bevor sie in den Breisgau floh. Für eine Kölner Organisation hat sie vergewaltigte Frauen befragt. Verglichen damit sind Vorwürfe wie Plünderungen nicht vorrangige Aufgabe dieses Tribunals. Albin Eser, ehemaliger Direktor des Max-Planck-Instituts in Freiburg, hält die Anklage für legitim. Was vielleicht daran liegt, dass er nicht wie die anderen Freiburger hinter Oric sitzt, sondern vor ihm, in rot-schwarzer Robe - als einer der drei Richter der Tribunalkammer.

Edlef Lange, Richter am Oberlandesgericht in Freiburg und Mitglied im Komitee für Menschenrechte, hat die Reise für Juristen nach Den Haag zum Internationalen Gerichtshof organisiert. Was sie sehen, erstaunt alle: Sie verstehen viele Fragen des Verteidigers nicht, zum Beispiel warum er darauf pocht, dass Soldaten, die der Zeuge in den Wäldern sah, ein Camouflage-Blau getragen haben sollen. Und warum Albin Eser nicht nachhakt.

Als der Gerichtshof 1993 eingerichtet wurde, war dies ein Durchbruch für das internationale Recht - im Alltag prallen

dort zwei Rechtssysteme aufeinander: das zentral-europäische und das angelsächsische. Englische und amerikanische Richter sehen sich wie Schiedsrichter beim Fußball, sie wachen über die Regeln, spielen aber nicht mit. Sie hören zu, fragen aber nicht. Für Eser grenzt es an Selbstverleugnung, Hunderte von Zeugen anzuhören, ohne Fragen stellen zu dürfen. Nur einmal will er wissen, auf welcher Route McDonald Srebrenica verließ.

Begrenzte Einsicht in die Akten der Ermittler

Das Recht zu fragen haben sich einige Richter etappenweise erkämpft. Wolfgang Schomburg, dem zweiten deutschen Richter am Tribunal, geht das nicht weit genug. Nach angelsächsischem Prozessrecht entscheiden nur Verteidigung und die Anklage, was im Prozess zur Sprache kommt. Deshalb dürfen Richter auch nicht an das gut gefüllte Archiv der Staatsanwaltschaft. „Ich fühle mich unwohl, über das restliche Leben eines Menschen zu entscheiden, wenn ich noch nicht mal Zugriff auf diese Daten habe“, sagt Schomburg.

Die Zeugen, das ist ein zweites Problem, treten hier stets nur für eine Seite auf. „Erst haben sie sich bekämpft und jetzt ist der eine Zeuge für die Anklage,

der andere für die Verteidigung“, kritisiert Eser, „sie werden noch mal zu Feinden gemacht.“ Eser's Kammer lässt daher manche Kriegsoffer nach ihrer eigentlichen Aussage weiterreden. Ein alter Mann las die Namen aller Menschen vor, die in seinem Dorf getötet wurden.

Viele Gelegenheiten, dies zu tun, wird es nicht mehr geben. Denn bereits 2010 soll das Tribunal seine Arbeit beenden. Dann müssen die Gerichte vor Ort den Krieg aufarbeiten. Die Juristen in Den Haag sind so skeptisch, dass dies gelingt,

wie der Freiburger Verwaltungsrichter Wilhelm Treiber. „Ein Zeugenschutzprogramm im Verfahren gegen Kriegsverbrecher ist illusorisch, einfache Strafrichter haben ja schon Angst vor angeklagten Räufern“, sagt er. Und gegen die eigenen Leute werde auch niemand vorgehen. Treiber erinnert daran, dass dies „in Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg ja auch in die Hose gegangen“ sei. Nachdem die Nürnberger Prozesse abgeschlossen waren, blieben viele Naziverbrecher lange Jahre lang unbehelligt.

INFOBOX

STRAFGERICHTSHOF

Der Internationale Strafgerichtshof in Den Haag für das ehemalige Jugoslawien (ICTY) ist ein Ad-hoc-Tribunal, das auf Grundlage einer UN-Resolution errichtet wurde und nur für den Bürgerkrieg auf dem Balkan zuständig ist. Ein zweites Tribunal dieser Art richtet Täter des Völkermords in Ruanda und hat seinen Sitz in Arusha. Die Einrichtung beider Gerichtshöfe ist befristet, der in Den Haag soll 2010 auslaufen. Hingegen soll der geplante International Criminal Court

ICC als ständiger Gerichtshof arbeiten und Kriegsverbrecher aus der ganzen Welt aburteilen. Er wäre von der UN unabhängig, weil er auf einem völkerrechtlichen Vertrag beruht. 100 Staaten haben ihn ratifiziert, die USA lehnen ihn bisher ab. In Den Haag wurden bislang 161 Serben, Kroaten, Kosovaren und Bosnier angeklagt, darunter der frühere serbische Präsident Slobodan Milosevic. 40 sind verurteilt worden, zu insgesamt 555 Jahren Gefängnisstrafe, die sie in zehn verschiedenen Ländern Europas absitzen.

mad